

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 988 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Wolfgang Biermann
zum Erfordernis politi-
schen Krisenmanage-
ments: Nicht in den
Strudel der Golf-Krise
ziehen lassen.

Seite 1

Manfred Opel MdB zur
Notwendigkeit, die ge-
planten Bonner Abrü-
stungsschritte darzule-
gen: Die Fakten auf
den Tisch, Herr Stol-
tenberg.

Seite 3

Klaus Kirschner MdB
zum Umgang der Lan-
desbehörden mit der
Beschäftigungspflicht:
Schwerbehinderten-
Gesetz mißachtet.

Seite 5

Wolfgang Roth MdB
zum Rücktritt des Vor-
standsvorsitzenden der
Treuhandgesellschaft
Rainer Gohlke: Wirt-
schaftspolitischer
Bankrott Bonns offen-
kundig.

Seite 6

45. Jahrgang / 159

21. August 1990

Nicht in den Strudel der Golf-Krise ziehen lassen Zum Erfordernis politischen Krisenmanagements

Von Dr. Wolfgang Biermann
Geschäftsführer der Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich
und Sicherheit (IFIAS)

I.

Warum das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Geltungsbereichs verbietet, ist vielen Bürgerinnen und Bürgern unbekannt. Dabei geht es um substantielle Fragen:

- a. Das Grundgesetz erlaubt den Einsatz der Bundeswehr nur zur eigenen Verteidigung;
- b. Verteidigung außerhalb der Bundesrepublik ist nur möglich im Rahmen des Beschlusses eines Bündnisses, dessen Mitglied die Bundesrepublik ist und welches sich verteidigen muß. Im Falle der NATO ist der Einsatzbereich klar beschrieben. Ein Verteidigungsfall liegt nicht vor.
- c. Als Mitglied des WEU-Vertrages können Bundeswehreinätze auch außerhalb Europas stattfinden, aber es liegt auch dort kein Verteidigungsfall gegen ein Mitglied der WEU vor.

Ergo: Aus den genannten Gründen ist der Einsatz der Bundeswehr etwa im Zusammenhang mit der Golfkrise verboten, da weder ein Land der NATO noch der WEU angegriffen wurde, zu dessen Verteidigung die Bundesrepublik verpflichtet wäre.

II.

Die Lage im Nahen Osten erfordert unbedingt politische Anstrengungen, die über das Embargo des UNO-Sicherheitsrates gegen den Irak hinausgehen. Frankreich und die Bundesrepublik hätten am ehesten Chancen, möglicherweise in Zusammenarbeit mit neutralen Ländern, tätig zu werden. Zum Beispiel müssen Länder wie Jordanien, die vom Handel mit Irak leben, unterstützt werden, damit sie den Boykott ein- und durchhalten und damit überleben können.

Auch gemeinsames militärisches Handeln der UNO wäre notwendig, um den Irak in die Schranken zu weisen.

Die Problematik möchte ich aus meiner Sicht im folgenden näher untersuchen und kritisch durchleuchten:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigung
mit vereinfachten
Kopierpapier



- a. Die amerikanische Regierung nutzt den Embargobeschluß des UNO-Sicherheitsrates als Legitimation ihrer militärischen Aktion. In der Öffentlichkeit entstand zuweilen der fälschliche Eindruck, als habe die UNO selbst den amerikanischen Einsatz beschlossen.

Das amerikanische Eingreifen hat nur solange eine stabilisierende Wirkung wie es keine größeren Schießereien gibt. Die westliche Welt, womöglich der Weltfrieden, hängt somit erheblich von der militärischen Zurückhaltung von Saddam Hussein ab. Sein weiteres Vorgehen orientiert sich am Ziel, Führer der "arabischen Nation" und aller Moslems zu werden.

Durch einen gemeinsamen UNO-Beschluß zur Entsendung multilateraler Verbände würde dies möglicherweise anders aussehen.

- b. Aufgrund ihrer engen Verknüpfung mit Israel und der andauernden Besetzung der arabischen/palästinensischen Gebiete gelten die USA in der Region als potentielle "Hauptfeinde" der arabischen Welt. Verschärft wird dies durch die Gegnerschaft des islamischen Fundamentalismus, der seine Basis in den verarmten arabischen Schichten findet. Hussein will sich zu ihrem Hoffnungsträger machen.
- c. Bereits jetzt zeichnen sich die Destabilisierungen deutlicher denn je ab:
- Saddam Hussein hält sich mit seiner "Friedensgeste" an den Iran den Rücken frei. Im Falle militärischer Auseinandersetzungen kann es ihm - unter Ausnutzung dortiger anti-amerikanischer Stimmungen und dem Bekenntnis zum islamischen Fundamentalismus - gelingen, sich mit seinem Erzfeind Iran zu verbünden.
 - Der Beifall eines Teils der arabischen, insbesondere der palästinensischen Massen für Saddam Hussein würde sich im Falle einer militärischen Eskalation noch verstärken. Sollten sich die USA auf massive militärische Auseinandersetzungen einlassen, läuft der count down für den "großen Heiligen Krieg zwischen christlichem Abendland und islamischen Morgenland". Die Regierungen in Ägypten und Saudi Arabien insbesondere, aber auch andere, wie die Vereinigten Arabischen Emirate, dürften als "Kollaborateure der Amerikaner und Zionisten" unter ungeheuren Druck kommen.
 - Weiter verschärft würde die Bereitschaft zur Gefolgschaft gegenüber dem islamischen Fundamentalismus durch Wirtschaftskrisen infolge des Embargos (Beispiel Jordanien) und durch verschärfte Repression Israel gegen die Hussein-begeisterten Palästinenser.
- d. Die Einmütigkeit des Sicherheitsrates, die nur für das Embargo und nicht für militärische Maßnahmen galt, das dennoch kooperative Verhalten Chinas und der Sowjetunion gegenüber einer westlichen Intervention, dürfte unter solchen Umständen kaum aufrechterhalten sein.

IV.

Die Bundesrepublik hat ebensowenig wie Europa ein Interesse, in diesen Strudel des "Heiligen Krieges zwischen dem Abend- und Morgenland" hineingezogen zu werden. Daher sind jetzt angesagt:

- Diplomatische Initiativen, um die anti-irakische Front insbesondere unter den arabischen Ländern zu halten, und zugleich die USA zu äußerster Zurückhaltung anzuregen.
- Die jetzt in Saudiarabien bzw. im Golf stationierten Streitkräfte sollten einem UNO-Kommando unterstellt bzw. durch ihm unterstellte multinationale Verbände ersetzt werden.
- Wirtschaftliche Absicherung der Länder, die durch den Boykott erhebliche wirtschaftliche und soziale Probleme haben.
- Initiativen gegenüber Israel und den Palästinensern, möglichst durch gemeinsames Vorgehen der EG und der USA. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser muß jetzt der Westen ernsthafter als je zuvor auf die eigenen Fahnen heften. Dies liegt auch im objektiven Interesse Israels selbst. Die Sowjetunion sollte in die Ausarbeitung eines Konzepts zur Lösung des israelisch-palästinensischer Konflikts nach Möglichkeit miteinbezogen werden.

V.

Die Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund der Unterstützung des deutschen Einheitsprozesses durch andere Staaten - ganz im Gegensatz zu Kohls Meinung - allen Anlaß, keine kleinkarierte Debatte um "deutsche Jungs an den Golf" oder Verfassungsmanipulationen zu beginnen: Gerade im Zusammenhang

mit dem Einigungsprozeß darf weder in der eigenen Bevölkerung noch gegenüber unseren Nachbarn der Eindruck entstehen, Deutschland sei wieder dabei, auch militärisch in der Welt mitzumischen. Von deutschen Schiffen am Golf hängt nun wahrlich nicht der Frieden ab.

Ganz im Gegenteil: die Bundesrepublik sollte dafür eintreten, durch zähe Diplomatie und Wirtschaftsmaßnahmen zur Deeskalation im Nahen Osten beizutragen. Die SPD sollte härter als bisher auf restriktivste Rüstungsexportpolitik pochen und auf die ignorante oder gar aktive Rolle der Bundesregierung bei der Hochrüstung gefährlicher Diktatoren im Nahen Osten hinweisen.

VI.

Abschließend noch ein Hinweis zu "historischen Lehren" aus der Nachkriegszeit: Jedes Mal, wenn die Großmächte in den letzten Jahrzehnten intervenierten, provozierten sie die notwendige Massenbasis für feindliche, meist totalitäre Gegenbewegungen, und bewirkten genau das Gegenteil des erwünschten Erfolges. So war die amerikanische Intervention in Vietnam Geburtshelfer für kommunistische Regime in Vietnam und Laos, ein mörderisches Regime in Kambodscha. Die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan stärkte den islamischen Fundamentalismus in der Region und zwang sie schließlich zum Rückzug.

Eine amerikanische, selbst eine amerikanisch-sowjetische Intervention großen Ausmaßes im Nahen Osten könnte den letzten prowestlichen Regimen im Nahen Osten die politische Basis entziehen und Israel erstmals existentiell wirklich gefährden. Ganz abgesehen von den Gefahren einer Eskalation bis zum atomaren und chemischen Waffeneinsatz und seinen Folgen.

Aus dem soeben beendeten Ost-West-Konflikt würde dann erstmals ein großer Nord-Süd-Konflikt.

VII.

Schlußfolgerungen aus dieser Analyse:

- Politische Initiativen sind gefragt, multinationale militärische Maßnahmen nur durch die UNO, keine einseitigen Maßnahmen.
- Für den Truppeneinsatz eines sich vereinigenden Deutschlands gibt es überhaupt keinen Anlaß. Für die Zeit **nach der Vereinigung** sollte die Erweiterung des Grundgesetzes in Aussicht gestellt werden, daß ausschließlich von der UNO angeforderte "Blauhelme" der deutschen Streitkräfte jenseits des NATO-Gebietes tätig werden dürfen;
- Waffenexport-Verbot in den Nahen Osten;
- Anläßlich der beginnenden Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag in Genf muß die Forderung an die Atomkräfte erhoben werden, endlich für ein vollständiges **Atomtestverbot** einzutreten, bevor die Mächtegerne im Nahen Osten mit Atomtest beginnen können.
- Ein strikteres weltweites Verbot des Exports von Technologien (Proliferationsverbot) für potentielle ABC-Waffen ist durchzusetzen.

(-/21. August 1990/rs/fr)

Die Fakten auf den Tisch, Herr Stoltenberg
Zur Notwendigkeit, die geplanten Bonner Abrüstungsschritte darzulegen

Von Manfred Opel MdB

Viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag, die den Verteidigungsminister bedrängten, er möge sich doch endlich zu den Abrüstungs-Folgen in ihrem Wahlkreis äußern, bekamen Formbriefe. Die Plandaten lägen noch nicht vor und alles sei so kompliziert und überhaupt. Aber eines wußte Herr Stoltenberg genau: Im Frühjahr 1991 sei es soweit. Dann werde er der staunenden Öffentlichkeit das Ergebnis seiner Planungsmühen, die einige Hundertschaften fleißiger Soldaten und Zivilbeschäftigte für ihn erledigen, verkünden.

So lange mochte wohl der Herr des Kanzleramtes, der Minister Seiters, nicht warten. Kurzerhand verkündete er seiner Klientel, die Marine werde ungeschmälert in Wilhelmshaven, Borkum und Emden bleiben. Wer's glaubt, Schließlich bekommt die Marine 240 km Ostseeküste dazu. Und die Garantie des Ministers Seiters heißt im Klartext, daß die Folgen der Abrüstung, was die Marine angeht, von Schleswig-Holstein allein getragen werden müßten. Weshalb der Schleswig-Holsteiner Stoltenberg dazu wohl so intensiv schweigt?

Doch auch andernorts stößt die durchsichtige Verzögerungstaktik des "großen Blassen aus dem Norden" auf Unwillen. Nicht bei einigen ungestümen Sozi, nein auch beim ehrenwerten Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses höchstselbst. Ressortübergreifende Planung, Beteiligung der Länder, Beteiligung der Spitzenverbände, regionale Wirtschaftspolitik zur Abfederung der sozialen Folgen der Abrüstung, vorsorgliche Planung, umfassenden Hilfeansatz (ähnlich wie bei den Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben), Management der Abrüstungs-Ära und ähnliche lupenreine SPD-Forderungen, vermisst man neuerdings vom FDP-Mann Ronneburger. Ob der wohl vergessen hat, daß er in der Koalition sitzt und das alles selbst ganz einfach umsetzen könnte? Vermutlich, dann es klingt wie Protest aus Oppositionsmund, wenn er beklagt, daß Stoltenberg "solche Überlegungen eher bremse". Doch damit nicht genug. Herr Ronneburger schimpft, "es reiche nicht aus, eine Strukturkommission nur mit Militär zu bestücken, wo es um weit über die militärischen Belange hinausgehende Folgen der neuen Bundeswehrstruktur gehe." Recht hat er! Doch warum tut er nichts? Schließlich ist er Vorsitzender des zuständigen Ausschusses und im Koalitionsrat sitzt er obendrein. Baldrian fürs Volk?

Es ist ein einziger Hohn wie diese Regierung und insbesondere der Herr Stoltenberg mit den Betroffenen umgeht.

Die Fakten liegen seit Wochen auf dem Tisch:

1. Höchststärke gesamtdeutscher Streitkräfte ab spätestens 1995 beträgt 370.000 Soldaten.
2. Davon bleiben höchstens 320.000 auf dem Territorium der jetzigen Bundesrepublik.
3. Über 200.000 alliierte Soldaten verlassen die Bundesrepublik.
4. Alle (wenigstens) 365.000 Sowjetsoldaten verlassen die jetzige DDR innerhalb von drei bis vier Jahren.

Das bedeutet, daß alleine in der Bundesrepublik mindestens 200.000 Beschäftigte bei den Streitkräften abgebaut werden. Dazu kommen noch mindestens 100.000 Beschäftigte aus Industrie, Gewerbe und Handel, die bisher indirekt von den Streitkräften lebten.

In der DDR sieht es verhältnismäßig noch schlimmer aus. Dort verlieren etwa 100.000 Bewaffnete und über 100.000 Zivilpersonen sowie weitere etwa 70.000 indirekt Beschäftigte ihre bisherige Einkommensmöglichkeit bis Ende 1990! Damit kein Zweifel entsteht. Wir wollen Abrüstung und das möglichst umfassend und schnell. Doch die Folgen der Abrüstung müssen abgefedert werden.

Viele Regionen in der Bundesrepublik leben zu einem hohen Prozentsatz von den Streitkräften oder deren Aufträgen. Wenn um etwa ein Drittel diese Arbeitsplätze kurzfristig aus einer solchen Region verschwindet, kann da an einigen Orten zur wirtschaftlichen Katastrophe führen.

Deshalb muß Stoltenberg vom Parlament gezwungen werden, seine Absichten bezüglich der Abrüstungsschritte endlich offenzulegen. Wir dürfen ihm nicht erlauben, sich bis nach der Bundestagswahl durchzumogeln. Die Bürger müssen wissen, was die Hardthöhe hinter verschlossenen Türen plant. Wenn Stoltenberg weiter mauert, muß eben der Kanzler ran; wie beim Haushalt, der Wehrpflichtdauer und beim Tieflug muß er sagen wo's lang geht.

Jeder weiß, daß die angeblich angestrebte Reduzierung in Ballungsgebieten nichts bringt. Sollen etwa die Führungsakademie nach Aurich und die Bundeswehr-Hochschule nach Regen verlegt werden? Viele machen sich wegen des unverantwortlichen Geredes auf der Hardhöhe falsche Hoffnungen. Wir brauchen zur Bewältigung der Abrüstungsprobleme Zeit. Deshalb müssen wir so früh wie möglich damit beginnen. Die betroffenen Menschen haben ein Recht zu erfahren, was mit ihnen geschehen soll. Dies gilt für das gesamte Deutschland.

(-/21. August 1990/rs/fr)

Schwerbehindertengesetz mißachtet Zum Umgang der Landesbehörden mit der Beschäftigungspflicht

Von Klaus Kirschner MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Vor allem CDU/CSU-geführte Landesregierungen kommen für ihren Bereich der Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehindertengesetz nicht nach. Das bestätigt sogar die Bundesregierung in Beantwortung einer entsprechenden Schriftlichen Anfrage. Danach haben die SPD-geführten Länder Saarland, Hamburg und Bremen in ihren Haushaltsplänen für 1990 überhaupt keine Mittel wegen Nichterfüllung der Beschäftigungspflicht vorgesehen.

Bei den restlichen Bundesländern sind folgende Ausgleichsabgaben veranschlagt:

Land	Tsd. DM
Bayern	10.950
Baden-Württemberg	10.100
Niedersachsen	6.800
Hessen	4.800
Nordrhein-Westf.	2.650
Schleswig-Holst.	2.000
Rheinland-Pfalz	1.200
Berlin	1

Diesen Zahlen ist eindeutig zu entnehmen, daß Baden-Württemberg - gemessen an der Größe - am schlechtesten abschneidet. Auch folgende Daten sprechen für sich: Im vergangenen Jahr lag im Jahresdurchschnitt die Beschäftigungsquote bei den Schwerbehinderten in Baden-Württemberg bei vier Prozent. Bei den privaten Betrieben waren es 3,9 Prozent, in den öffentlichen Verwaltungen 4,6 Prozent. Beide Zahlen unterschreiten aber die gesetzlich vorgeschriebene Quote von sechs Prozent. Im Bundesdurchschnitt wurden dagegen 4,9 Prozent erreicht. Bei den Landkreisen, zugleich unterste Landesbehörden sieht es nicht besser aus. So sind nach Erhebungen des Landeswohlfahrtsverbandes Württemberg-Hohenzollern die Aufwendungen wegen Nichterfüllung der Beschäftigungspflicht im württembergischen Teil des Südweststaates von 1986 bis 1988 um das Doppelte gestiegen (293.000 DM/577.909).

Hier stellt sich die Frage: Wie gesetzestreu ist eigentlich die baden-württembergische Landesregierung gegenüber den von ihr mitbeschlossenen Gesetzen?

(-/21. August 1990/rs/fr)

Wirtschaftspolitischer Bankrott Bonne offenkundig
Zum Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden der Treuhandgesellschaft Rainer Gohlke

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises
Wirtschaftspolitik

Der Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden der Treuhandgesellschaft, Rainer Gohlke, beweist, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR gescheitert ist. Damit sind auch die Ziele, die der Bundestag in der Währungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion festgelegt hat, in höchstem Maße gefährdet.

Gohlkes Verzicht auf weitere Verantwortung in der Treuhand zeigt, daß die DDR den Übergang von der Kommando- zur Marktwirtschaft nicht schafft, wenn die Bundesregierung keinen Kurswechsel Ihrer Politik vornimmt. Ein Kurswechsel bedeutet:

die DDR-Betriebe müssen entschuldet werden;

die Treuhandgesellschaft muß mit einem Unterbau versehen werden;

die Wirtschaftsverwaltungen in der DDR müssen von alten SED-Sellschaften befreit werden.

Darüber hinaus sind erforderlich:

- rasch wirksame öffentliche Infrastrukturprogramme für die DDR;
- ein massiver öffentlich geförderter und zentral von der Bundesregierung gemanagter Personenaustausch;
- eine massive Begünstigung von privaten Investitionen in der DDR durch Sonderabschreibungen und hohe Investitionsanreize;
- Wohnungsbauprogramme und vor allem eine Klärung der ungelösten Eigentumsfragen in der DDR.

In allen genannten Bereichen und auf allen Problemfeldern hätte die Bundesregierung Lösungen vorbereiten und zuwege bringen müssen. Gohlkes Rücktritt ist faktisch eine Kritik am Versagen der Bundesregierung.

(-/21. August 1990/rs/fr)
